KEINE KÜRZUNGEN! WEDER VOM STAAT NOCH VOM REKTORAT

Stellungnahme der Initiative Unterbau Uni Wien zur Sparpolitik an den Universitäten, Langversion

Wir lehnen die realen Kürzungen der Universitätsbudgets entschieden ab. Der Bund muss die öffentlichen Universitäten so finanzieren, dass sie ihren öffentlichen Auftrag erfüllen können. Und das Rektorat der Universität Wien muss sich daran messen lassen, wie es trotz Spardrucks Arbeitsplätze sichert und Qualität und Angebot von Lehre und Forschung aufrechterhält.

WEDER VOM STAAT…

Wir finden: **Sparen bei Bildung und Wissenschaft ist immer der falsche Weg!** Universitäten ermöglichen unabhängige Forschung, Innovation und freies Denken. Gerade jetzt, da demokratische Rechte weltweit unter Druck geraten, brauchen wir Bildung, die Menschenwürde achtet und zum eigenständigen Urteil und begründeten Widerspruch befähigt. Wer hier kürzt, handelt kurzsichtig.

Für 2028 bis 2030 sieht der Bund für die öffentlichen Universitäten rund 16 Milliarden Euro vor. Nominell ist das ungefähr so viel wie in der laufenden Periode. Weil Personal, Energie und Infrastruktur teurer werden, lässt sich mit derselben Summe real weniger finanzieren (Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung, 2026b). Die Österreichische Universitätenkonferenz warnte im Oktober 2026, dass bundesweit bis zu **6.800 Stellen wegfallen** könnten (Österreichische Universitätenkonferenz, 2026). Hinter diesen enormen Zahlen steht eine konkrete Frage: Wer soll künftig die ganzen Lehrveranstaltungen abhalten, Studierende betreuen und Forschungsprojekte beantragen und durchführen?

Wie der Bund sein Budget saniert, ist eine politische Entscheidung. **Sparen ist nicht alternativlos!** Die Einnahmenseite verdient denselben politischen Ehrgeiz, den die Bundesregierung beim Kürzen zeigt. Wir schlagen vor, große Vermögen und Erbschaften zu besteuern. So können diejenigen, die mehr beitragen können, einen größeren Teil der Budgetsanierung tragen. Und wenn Sparen schon sein muss: Auch klimaschädliche Förderungen gehören auf den Prüfstand und müssen abgebaut werden. Wer bei Bildung und Wissenschaft kürzen will, muss begründen, warum solche Förderungen weiterlaufen sollen. Für uns ist klar: Die Finanzierung der Universitäten gehört gesichert und Bildung muss eine hohe Priorität haben.

Höhere Studiengebühren hingegen lehnen wir ab. Viele Studierende arbeiten schon jetzt, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren (Dibiasi et al., 2026). Der Zugang zum Studium darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. In England verzeichnen viele Hochschulen trotz hoher Einnahmen aus Studiengebühren Defizite und bauen Stellen ab (Bolton & Lewis, 2026). Als Antwort auf die Finanzierungskrise ist das Gebührenmodell aus unserer Sicht daher gescheitert und Österreich sollte aus den Fehlern anderer Länder lernen. Zu kurz greift auch das Argument, internationale Studierende vermehrt zur Kasse zu bitten. Solche Gebühren, die an die Staatsbürgerschaft anknüpfen, können auch Menschen treffen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Zudem: Internationale Studierende bereichern das Studium, und wer Menschen mit höheren Gebühren von einem Studium in Österreich abhält, entzieht letztlich auch der lokalen Wirtschaft Kaufkraft (Arnold et al., 2022).

Deshalb setzen wir auf **Solidarität zwischen Studierenden und Beschäftigten** und wehren uns gemeinsam gegen höhere Studiengebühren und Kürzungen an den Universitäten.

… NOCH VOM REKTORAT!

Der Spardruck trifft auf ein Hochschulsystem, das sich seit Jahrzehnten maßgeblich auf prekäre Arbeitsverhältnisse stützt. Zuletzt waren an Österreichs öffentlichen Universitäten **rund 80 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse** des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals **befristet** (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, 2024, Tab. 5.1.3-7).

Der größte Teil der Arbeit in Lehre und Forschung wird vom **wissenschaftlichen Mittelbau** geleistet. Dazu gehören etwa Universitätsassistent:innen, wissenschaftliche Projektmitarbeiter:innen und Lektor:innen. Auch Studienassistent:innen und Tutor:innen tragen zur Lehre und Betreuung bei. Wer von einem befristeten Vertrag zum nächsten wechselt oder unfreiwillig in Teilzeit arbeitet, hat wenig Planungssicherheit. **Schon vor der aktuellen Budgetdebatte sah es nicht rosig aus**: keine Zukunftsperspektiven, fehlende Kontinuität in der Forschung und zu wenig Zeit für Lehre und Betreuung (Partheymüller & Dannecker, 2024; Lechner et al., 2025).

Für das Rektorat mag es administrativ am bequemsten sein, befristete Verträge einfach auslaufen zu lassen. Damit trifft der Spardruck aber gerade jene, **die den Laden seit Jahren trotz widriger Umstände am Laufen halten** und deren berufliche Zukunft ohnehin schon von hoher Unsicherheit geprägt ist. Fallen nun schlagartig viele Stellen weg, wird sich die ohnehin schon **schwierige Lage weiter verschärfen**, was sich auch auf die Qualität und den Umfang von Lehre und Forschung auswirken wird.

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- **Universitäten ausfinanzieren:** Das Universitätsbudget muss mit den tatsächlichen Kostensteigerungen bei Personal, Energie und Infrastruktur Schritt halten. Eine nominelle Fortschreibung ist eine reale Kürzung. Wir fordern eine Nachbesserung der Leistungsvereinbarungsperiode 2028 bis 2030 und eine automatische Valorisierung des Universitätsbudgets, damit Inflation nicht stillschweigend zu Stellenabbau führt.
- **Gegenfinanzierung statt Kürzung:** Sparen ist keine Sachnotwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung. Wir fordern Steuern auf große Vermögen und Erbschaften sowie den Abbau klimaschädlicher Förderungen, statt bei Bildung, Forschung und öffentlicher Infrastruktur zu kürzen.
- **Keine Studiengebühren, auch nicht durch die Hintertür:** Weder höhere Gebühren für alle noch erhöhte Gebühren für internationale Studierende sind ein tragfähiges Finanzierungsmodell. Sie verlagern die Kosten auf jene, die sie am wenigsten tragen können, und gefährden die wirtschaftliche Wertschöpfung, die internationale Studierende in Österreich erzeugen.
- **Das Universitätsgesetz demokratisieren:** Das Kurienmodell ist bundesgesetzlich festgeschrieben. Wir fordern den Gesetzgeber auf, es durch ein Faculty-Modell zu ersetzen, in dem wissenschaftlich Beschäftigte unabhängig von Status und Vertragsform gleichberechtigt mitbestimmen, und auch die Mitsprache des allgemeinen Personals sowie der Studierenden wirksam zu verankern.
- **Prekäre Beschäftigung gesetzlich eindämmen:** Die Kettenvertragsregelung im Universitätsgesetz produziert systematisch Abbrüche in Lehre und Forschung. Wir fordern eine Reform, die dauerhafte Aufgaben an dauerhafte Verträge bindet, statt qualifizierte Beschäftigte nach Jahren aus dem System zu drängen.

UNSERE FORDERUNGEN AN DAS REKTORAT DER UNIVERSITÄT WIEN

- **Mehr demokratische Mitbestimmung:** Gerade wenn gespart werden muss, kommt es auf eine faire Lastenverteilung an. Wer die Folgen trägt, muss mitbestimmen können, wo und wie gespart

wird. Wir wollen das Kurienmodell durch ein Faculty-Modell ersetzen, in dem wissenschaftlich Beschäftigte unabhängig von Status und Vertragsform gleichberechtigt mitbestimmen. Auch das allgemeine Personal und die Studierenden brauchen wirksame Mitsprache. Wir fordern das Rektorat auf, sich beim Gesetzgeber für die notwendige Änderung des Universitätsgesetzes einzusetzen. Schon jetzt soll das Rektorat Budgetunterlagen und Handlungsoptionen offenlegen und Beschäftigte sowie Studierende einbinden, solange die Entscheidungen noch offen sind.

- **Mehr Transparenz bei sehr hohen Ausgaben und Prestigeprojekte neu bewerten:** Angesichts der Haushaltslage muss das Rektorat Großvorhaben und Prestigeprojekte auf den Prüfstand stellen, darunter den Campus Althangrund, den Quantum Cube, das ViCAS und die Kooperation mit der University of Chicago am John W. Boyer Center in Paris (Bundesimmobiliengesellschaft, 2026; Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung, 2026a, S. 2; ORF Wien, 2026; Universität Wien, 2026b, Kap. 6.2; Universität Wien, 2025, S. 81). Für jedes Vorhaben wollen wir wissen, welche Kosten die Universität Wien trägt, wem es zugutekommt und welche Alternativen das Rektorat unter den neuen Bedingungen geprüft hat. Das Rektorat soll außerdem sehr hohe Berufungsausstattungen offenlegen und im Einzelnen begründen, warum es diese sehr hohen Ausgaben angesichts des Spardrucks weiterhin für notwendig hält. Auch die aus unserer Sicht sehr hohen Gesamtbezüge der Rektoratsmitglieder gehören auf den Prüfstand (Universität Wien, 2026a). Angesichts drohender Kürzungen halten wir diese Bezüge gegenüber den Steuerzahler:innen und den Beschäftigten der Universität für schwer zu rechtfertigen. Beim variablen Anteil wollen wir wissen, an welche Ziele und Kriterien die Auszahlung geknüpft ist. In Zeiten, in denen selbst für Pflichtlehrveranstaltungen, Betreuung und laufende Forschung finanzielle Mittel fehlen, können wir es uns nicht leisten, sehr hohe Berufungsausstattungen, extrem hohe Gehälter und Prestigeprojekte unhinterfragt einfach beizubehalten und fortzuführen. Wer unter solchen Bedingungen weiter auf Leuchtturmprojekte setzt und vorrangig auf “Exzellenz” sowie aussagearme Ranglistenplätze fokussiert, baut Potemkinsche Dörfer. Das halten wir für zynisch, gerade gegenüber den Beschäftigten, deren existenzsichernde Arbeitsplätze durch Kürzungen bedroht sind.
- **Beschäftigung sichern und endlich stabile Arbeitsbedingungen schaffen:** Das Rektorat soll die verfügbaren finanziellen Spielräume vorrangig nutzen, um Arbeitsplätze zu sichern. Zugleich braucht es einen Personalplan mit konkreten, überprüfbaren Zielen für Entfristungen. Wer dauerhaft lehrt, forscht oder den Universitätsbetrieb trägt, braucht eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive.
- **Das Lehrangebot sichern und die Qualität von Lehre und Forschung schützen**: Der schnellste Weg, Effizienz zu steigern, ist das Absenken der Qualität und Reduktion des Lehrangebots. Studierende brauchen aber verlässliche Pflichtlehrveranstaltungen, ausreichend Seminarplätze und Zeit für Betreuung. Forschung braucht Zeit, personelle Kontinuität und eine verlässliche Ausstattung. Das Rektorat soll für jede geplante Sparmaßnahme offenlegen, wie sich diese auf Forschung und Lehre auswirkt.

Kurzum: Wir erwarten vom Bund eine Finanzierung, die mit den tatsächlichen Kosten Schritt hält. Und wir erwarten vom Rektorat mehr demokratische Mitbestimmung, mehr Transparenz und mehr Einsatz für Arbeitsplätze, für gute Lehre und für verlässliche Forschung. Und zwar bevor Beschäftigte ihre Stellen und Studierende ihre Lehrveranstaltungen verlieren.

Komm zu einem Treffen. Wenn du mitmachen oder uns erst einmal kennenlernen möchtest, schreib uns an `unterbau_uniwien@nuwiss.at`. Wir sagen dir, wann und wo das nächste Treffen stattfindet.

Bleib auf dem Laufenden. Über unsere Mailingliste unterbau_uniwien@lists.univie.ac.at informieren wir über Termine und Aktionen. Schreib uns an die Kontaktadresse oben, wenn du in den Verteiler möchtest.

Du kannst uns auch auf Bluesky (`@unterbauuniwien.bsky.social`) und Instagram (`@unterbauuniwien`) folgen.

Quellenverzeichnis

Arnold, E., Hofmann, K., Janger, J., Slickers, T., & Streicher, G. (2022). Wirtschaftliche Effekte von Universitäten: Aktualisierung 2022. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.wifo.ac.at/publication/70504/

Bolton, P., & Lewis, J. (2026, 4. September). Higher education finances and funding in England (Research Briefing CBP-10037). House of Commons Library.

Bundesimmobiliengesellschaft. (2026). Campus Althangrund. Abgerufen am 11. November 2026 von https://www.big.at/projekte/campus-althangrund

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. (2024). Universitätsbericht 2023 (III-1238 d. B., XXVII. GP). https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/III/1238/imfname_1657282.pdf

Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung. (2026a, Oktober). Gesamtösterreichischer Bauleitplan ab 1. Jänner 2018 (Stand Oktober 2026). https://www.bmfwf.gv.at/dam/jcr:f965b2a4-0b32-4f71-859a-c30ffeff8058/Gesamt%C3%B6sterreichischer%20Bauleitplan%20Oktober%202026.pdf

Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung. (2026b, 19. Oktober). Universitätsbudget 2028–2030: Fragen und Antworten. https://www.bmfwf.gv.at/wissenschaft/hochschulgovernance/steuerungsinstrumente/universitaetsfinanzierung/unibudget.html

Dibiasi, A., Haag, N., Dau, J., Gajdošová, K., Thaler, B., Unger, M., & Zaussinger, S. (2026). Studierenden-Sozialerhebung 2025: Kernbericht. Institut für Höhere Studien. https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/7445/

Lechner, C., Völkl, Y., Dorner, J., Boczy, T., Part, F., Müller, S., Wilker, S., & Partheymüller, J. (2025). The employment situation of the Mittelbau at Austrian universities: Results of the survey [Preprint]. SocArXiv. https://doi.org/10.31235/osf.io/ju8sr

Partheymüller, J., & Dannecker, P. (2024). Zur Beschäftigungssituation im Mittelbau an der Universität Wien: Ergebnisse der Befragung [Preprint]. SocArXiv. https://doi.org/10.31235/osf.io/wce5q

Universität Wien. (2025, 4. Juli). *Wissensbilanz 2024 der Universität Wien* (Mitteilungsblatt, Studienjahr 2024/2025, Nr. 202). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2024_2025/2024_2025_202.pdf

Universität Wien. (2026a, 10. Juli). Corporate Governance Bericht 2025 der Universität Wien (Mitteilungsblatt, Studienjahr 2025/2026, Nr. 275). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2025_2026/2025_2026_275.pdf

Universität Wien. (2026b, 10. Juli). Wissensbilanz 2025 der Universität Wien (Mitteilungsblatt, Studienjahr 2025/2026, Nr. 273). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2025_2026/2025_2026_273.pdf

Österreichische Universitätenkonferenz. (2026, 19. Oktober). Was der Budgetbeschluss der Bundesregierung für die Universitäten bedeutet [Pressemitteilung]. https://uniko.ac.at/newsroom/pressemitteilungen/T0/J2026/index.php?ID=39106

ORF Wien. (2026, 19. Oktober). Uni Wien eröffnet Zentrum für Spitzenforschung. https://wien.orf.at/stories/3375853/

NO CUTS! NEITHER FROM THE STATE NOR FROM THE RECTORATE

Statement by Initiative Unterbau Uni Wien on austerity policies at universities – long version

We firmly oppose the cuts to university budgets in real terms. The federal government must fund public universities so that they can fulfil their public mission. And the Rectorate of the University of Vienna must be judged by how it safeguards jobs and maintains the quality and range of teaching and research despite pressure to cut spending.

NEITHER FROM THE STATE …

We believe that **cutting spending on education and science is always the wrong way to go!** Universities make independent research, innovation and free thinking possible. Especially now, as democratic rights are coming under pressure worldwide, we need education that respects human dignity and enables people to form their own judgements and voice reasoned dissent. Anyone who makes cuts here is acting shortsightedly.

For 2028 to 2030, the federal government is planning to allocate around €16 billion to public universities. In nominal terms, that is roughly as much as in the current period. As staff, energy and infrastructure become more expensive, the same sum can fund less in real terms (Federal Ministry for Women, Science and Research, 2026b). In October 2026, Universities Austria warned that as many as **6,800 jobs could be lost** nationwide (Universities Austria, 2026). Behind these enormous figures lies a practical question. Who is going to teach all those courses, support students, and submit proposals for and carry out research projects in the future?

How the federal government puts its budget back on a sound footing is a political decision. **There are alternatives to austerity!** The revenue side of the budget deserves the same political ambition the federal government shows when making cuts. We propose taxing large fortunes and inheritances. That way, those who can contribute more can bear a greater share of the effort to put the budget back on a sound footing. And if spending really does have to be cut, subsidies that harm the climate must also be reviewed and reduced. Anyone who wants to cut spending on education and science must explain why such subsidies should continue. For us, the funding of universities must be secured, and education must be a high priority.

We oppose higher tuition fees, however. Many students already work to cover their living costs (Dibiasi et al., 2026). Access to higher education must never depend on how much a student's parents earn. In England, many higher education institutions are running deficits and cutting jobs despite substantial revenue from tuition fees (Bolton & Lewis, 2026). In our view, the tuition fee model has therefore failed as a response to the funding crisis, and Austria should learn from the mistakes of other countries. The argument for making international students pay more also falls short. Fees tied to citizenship can affect people who were born and raised here, too. What's more, international students enrich the experience of studying, and anyone who uses higher fees to deter people from studying in Austria ultimately takes purchasing power away from the local economy as well (Arnold et al., 2022).

That is why we stand for **solidarity between students and staff** and are fighting together against higher tuition fees and cuts at universities.

… NOR FROM THE RECTORATE!

The pressure to cut spending comes at a time when the higher education system has relied heavily on precarious employment for decades. In the latest figures for Austria's public universities, **around 80 per cent of employment relationships** among academic and artistic staff **were fixed-term** (Federal Ministry of Education, Science and Research, 2024, Table 5.1.3-7).

Most of the work in teaching and research is done by the **academic Mittelbau**. This includes, for example, university assistants, research project staff and lecturers. Student assistants and tutors also contribute to teaching and student support. Anyone who moves from one fixed-term contract to the next or works part-time involuntarily has little certainty when planning for the future. **Things were already looking far from rosy before the current budget debate.** There were no career prospects, no continuity in research and too little time for teaching and student support (Partheymüller & Dannecker, 2024; Lechner et al., 2025).

For the Rectorate, the most convenient option administratively may be to simply let fixed-term contracts expire. But that means the pressure to cut spending falls on the very people **who have kept the place running for years despite difficult conditions** and whose professional futures are already highly uncertain. If many jobs are now lost all at once, an already **difficult situation will get even worse**, affecting the quality and scope of teaching and research as well.

OUR DEMANDS TO POLICYMAKERS

- **Fund universities in full.** University budgets must keep pace with actual increases in staff, energy and infrastructure costs. Carrying forward the same nominal amount is a cut in real terms. We call for improvements to funding for the 2028 to 2030 performance agreement period and for university budgets to be indexed automatically so that inflation does not quietly lead to job losses.
- **Find alternative funding instead of making cuts.** Austerity is a political decision, not a necessity. We call for taxes on large fortunes and inheritances and for reductions in subsidies that harm the climate instead of cuts to education, research and public infrastructure.
- **No tuition fees, including through the back door.** Neither higher fees for everyone nor higher fees for international students are a viable funding model. They shift the costs onto those who can least afford them and put at risk the economic value that international students generate in Austria.
- **Democratise the Universities Act.** The curia system is enshrined in federal law. We call on lawmakers to replace it with a faculty model in which academic staff have an equal say regardless of their status or type of contract, and to enshrine a meaningful say for non-academic staff and students as well.
- **Curb precarious employment through legislation.** The rules on successive fixed-term contracts in the Universities Act systematically cause disruptions in teaching and research. We call for reform that ties permanent duties to permanent contracts instead of pushing qualified staff out of the system after years of work.

OUR DEMANDS TO THE RECTORATE OF THE UNIVERSITY OF VIENNA

- **More democratic participation in decision-making.** Sharing the burden fairly matters especially when spending has to be cut. Those who bear the consequences must have a say in where and how cuts are made. We want to replace the curia system with a faculty model in which academic staff have an equal say regardless of their status or type of contract. Non-academic staff and students also need a meaningful say. We call on the Rectorate to urge lawmakers to make the

necessary amendment to the Universities Act. Even now, the Rectorate should make its budget documents and options public and involve staff and students while decisions are still open.

- **More transparency about very high spending and a reassessment of prestige projects.** Given the budget situation, the Rectorate must review major undertakings and prestige projects, including Campus Althangrund, the Quantum Cube, ViCAS and the partnership with the University of Chicago at the John W. Boyer Center in Paris (Bundesimmobiliengesellschaft, 2026; Federal Ministry for Women, Science and Research, 2026a, p. 2; ORF Wien, 2026; University of Vienna, 2026b, section 6.2; University of Vienna, 2025, p. 81). For each project, we want to know which costs the University of Vienna bears, who benefits from it and which alternatives the Rectorate has considered under the new conditions. The Rectorate should also disclose very costly packages for professorial appointments and explain in detail why it still considers this very high expenditure necessary given the pressure to cut spending. The total remuneration of the Rectorate's members, which we consider very high, should also be reviewed (University of Vienna, 2026a). Given the threat of cuts, we consider this remuneration hard to justify to taxpayers and university staff. As for the variable portion, we want to know which targets and criteria its payment is tied to. At a time when funds are lacking even for compulsory courses, student support and ongoing research, we cannot afford to simply keep very costly appointment packages and extremely high salaries in place and continue prestige projects without questioning them. Anyone who continues to put their faith in flagship projects under these conditions and focuses above all on "excellence" and ranking positions that tell us little is building Potemkin villages. We consider that cynical, especially towards staff whose livelihoods depend on jobs that are threatened by cuts.
- **Safeguard employment and finally create stable working conditions.** The Rectorate should use the room it has in the budget first and foremost to safeguard jobs. At the same time, it needs a staffing plan with specific, verifiable targets for converting fixed-term contracts to permanent ones. Anyone who teaches, conducts research or keeps the university running on an ongoing basis needs the prospect of permanent employment.
- **Safeguard the range of courses and protect the quality of teaching and research.** The quickest way to increase efficiency is to lower quality and offer fewer courses. But students need compulsory courses they can count on, enough places in seminars and time for student support. Research needs time, continuity of staffing and reliable resources. For each planned spending cut, the Rectorate should disclose how it will affect research and teaching.

In short, we expect the federal government to provide funding that keeps pace with actual costs. And we expect the Rectorate to allow more democratic participation in decision-making, be more transparent and do more to protect jobs, good teaching and reliable research. And we expect this before staff lose their jobs and students lose their courses.

Come to a meeting. If you'd like to get involved or get to know us first, write to us at `unterbau_uniwien@nuwiss.at`. We'll tell you when and where the next meeting is taking place.

Stay up to date. We use our mailing list at `unterbau_uniwien@lists.univie.ac.at` to let you know about dates and actions. Write to us at the contact address above if you'd like to join the list. You can also follow us on Bluesky (`@unterbauuniwien.bsky.social`) and Instagram (`@unterbauuniwien`).

References

Arnold, E., Hofmann, K., Janger, J., Slickers, T., & Streicher, G. (2022). Wirtschaftliche Effekte von Universitäten: Aktualisierung 2022 [Economic effects of universities: 2022 update]. Austrian Institute of Economic Research. https://www.wifo.ac.at/publication/70504/

Bolton, P., & Lewis, J. (2026, 4 September). Higher education finances and funding in England (Research Briefing CBP-10037). House of Commons Library.

Bundesimmobiliengesellschaft. (2026). Campus Althangrund. Retrieved 11 November 2026. https://www.big.at/projekte/campus-althangrund

Federal Ministry of Education, Science and Research. (2024). Universitätsbericht 2023 [University report 2023] (III-1238 d. B., XXVII. GP). https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/III/1238/imfname_1657282.pdf

Federal Ministry for Women, Science and Research. (2026a, October). Gesamtösterreichischer Bauleitplan ab 1. Jänner 2018 (Stand Oktober 2026) [Austrian national university construction plan from 1 January 2018, as of October 2026]. https://www.bmfwf.gv.at/dam/jcr:f965b2a4-0b32-4f71-859a-c30ffeff8058/Gesamt%C3%B6sterreichischer%20Bauleitplan%20Oktober%202026.pdf

Federal Ministry for Women, Science and Research. (2026b, 19 October). Universitätsbudget 2028–2030: Fragen und Antworten [University budget 2028–2030: Questions and answers]. https://www.bmfwf.gv.at/wissenschaft/hochschulgovernance/steuerungsinstrumente/universitaetsfinanzierung/unibudget.html

Dibiasi, A., Haag, N., Dau, J., Gajdošová, K., Thaler, B., Unger, M., & Zaussinger, S. (2026). Studierenden-Sozialerhebung 2025: Kernbericht [Student Social Survey 2025: Main report]. Institute for Advanced Studies. https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/7445/

Lechner, C., Völkl, Y., Dorner, J., Boczy, T., Part, F., Müller, S., Wilker, S., & Partheymüller, J. (2025). The employment situation of the Mittelbau at Austrian universities: Results of the survey [Preprint]. SocArXiv. https://doi.org/10.31235/osf.io/ju8sr

Partheymüller, J., & Dannecker, P. (2024). Zur Beschäftigungssituation im Mittelbau an der Universität Wien: Ergebnisse der Befragung [Employment conditions among the Mittelbau at the University of Vienna: Survey results] [Preprint]. SocArXiv. https://doi.org/10.31235/osf.io/wce5q

University of Vienna. (2025, 4 July). *Wissensbilanz 2024 der Universität Wien* [University of Vienna Intellectual Capital Report 2024] (University Gazette, academic year 2024/2025, no. 202). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2024_2025/2024_2025_202.pdf

University of Vienna. (2026a, 10 July). Corporate Governance Bericht 2025 der Universität Wien [University of Vienna Corporate Governance Report 2025] (University Gazette, academic year 2025/2026, no. 275). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2025_2026/2025_2026_275.pdf

University of Vienna. (2026b, 10 July). Wissensbilanz 2025 der Universität Wien [University of Vienna Intellectual Capital Report 2025] (University Gazette, academic year 2025/2026, no. 273). https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2025_2026/2025_2026_273.pdf

Universities Austria. (2026, 19 October). Was der Budgetbeschluss der Bundesregierung für die Universitäten bedeutet [What the federal government's budget decision means for universities] [Press release]. https://uniko.ac.at/newsroom/pressemitteilungen/T0/J2026/index.php?ID=39106&lang=DE

ORF Wien. (2026, 19 October). Uni Wien eröffnet Zentrum für Spitzenforschung [University of Vienna opens a centre for cutting-edge research]. https://wien.orf.at/stories/3375853/